

## Aus dem Plenum

In der Plenarsitzung im Januar wurde erstmalig in dieser Legislatur ein Doppelhaushalt für die Jahre 2013 und 2014 beschlossen. Der Doppelhaushalt umfasst neben dem Thüringer Haushaltsgesetz 2013/2014 das Thüringer Haushaltsbegleitgesetz 2013/2014, das Gesetz zur Änderung der Finanzbeziehungen zwischen Land und Kommunen, das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz sowie den Finanzbericht und den mittelfristigen Finanzplan für die Jahre 2012 bis 2016. Die umfangreichen Beratungen nahmen zwei Tage in Anspruch. Die Fraktio-

nen hatten mehr als 1.000 Änderungsanträge zum Entwurf der Landesregierung eingebracht. Eine der wichtigsten Änderungen, die beschlossen wurde, ist die Aufstockung eines Hilfsfonds für Städte, Gemeinden und Kreise.

Das Haushaltsvolumen umfasst 2013 rund 9,07 Mrd. Euro, 2014 sind es rund 8,95 Mrd. Euro. Es werden keine neuen Schulden aufgenommen. In beiden Jahren sollen zudem jeweils 65 Mio. Euro der Schulden getilgt werden. Über den Kommunalen Finanzausgleich stehen den Städten und Gemeinden 2013 und

2014 jeweils 1,84 Mrd. Euro zur Verfügung. Die Ausgaben für Investitionen umfassen 2013 rund 1,23 Mrd. Euro und 2014 rund 1,11 Mrd. Euro. Auf die Personalausgaben entfallen 2013 rund 2,43 Mrd. Euro, 2014 sind es rund 2,52 Mrd. Euro.

Nach der Fragestunde am Freitag wurde Evelin Groß (CDU) zur Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses zur Aufklärung der Vorgänge um einen führenden Thüringer Neonazi gewählt. Es soll u.a. geklärt werden, ob der frühere Erfurter NPD-Kreisvorsitzende während seiner Arbeit als V-Mann für

den Verfassungsschutz mit dem Wissen der Behörde versucht hat, das Parlament zu unterwandern. Als stellvertretender Ausschussvorsitzender wurde Dirk Adams (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) gewählt. Dem Untersuchungsausschuss gehören neun Abgeordnete aller im Landtag vertretenen Fraktionen an. Nach dem Untersuchungsausschuss „Rechtsterrorismus und Behördenhandeln“ ist dies der zweite Untersuchungsausschuss in dieser Legislatur. In den vorhergehenden Legislaturperioden gab es insgesamt 12 Untersuchungsausschüsse.

## Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus

Anlässlich des Gedenktags für die Opfer des Nationalsozialismus erinnerten Landtag und Landesregierung am 27. Januar mit einer Gedenkveranstaltung in der Gedenkstätte Buchenwald an die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Landtagspräsidentin Birgit Diezel (CDU) erinnerte in ihrer Ansprache an die Millionen von Opfern, die der Nationalsozialismus in aller Welt gefordert hat. Ihnen sei das Gedenken gewidmet. „Das kollektive Gedächtnis benötigt Gedenktage als Kristallisationspunkte. Seither bietet der Jahrestag der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz unserer Nation den Anlass, um öffentlich zu bekennen: Wir erinnern, um niemals zu vergessen. Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht (CDU) sagte: „Die Lehre aus Auschwitz und Buchenwald lautet: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Respekt vor der Würde des anderen. Das ist die erste Voraussetzung dafür, dass wir auch in Zukunft in Frieden und Freiheit und in einer erblühenden Demokratie leben können.“ Der Schriftsteller Ivan Ivanji, der



als Jugendlicher das Vernichtungslager Auschwitz und das KZ Buchenwald überlebt hat, hielt die Gedenkrede. Er äußerte

Zweifel, dass sich ein Massenmord wie der der Nationalsozialisten nicht wiederholen könne. Mit Blick in die jüngere Vergan-

genheit und unter anderem auf Kambodscha, Dagestan, Tschetschenien, Ost-Timor und Ruanda falle es ihm schwer, die Überzeugung aufrechtzuerhalten. „Und trotzdem sollten wir, sollte ich, möchte ich überzeugt sein – ich möchte es, aber ich bin es nicht wirklich – Auschwitz wird sich nie, nie, nie wiederholen“, sagte Invaji.

Am Vortag des Gedenktags fanden Zeitzeugengespräche in den Räumen des Thüringer Landtags statt. Überlebende des Konzentrationslagers Buchenwald haben vor rund 200 Schülern über ihre Erlebnisse und Erfahrungen berichtet. Am 25. Januar wurde ebenfalls im Thüringer Landtag die Schülerausstellung „Gratwanderungen“ eröffnet, die sich mit dem so genannten „Entjudungsinstitut“ in Eisenach beschäftigt (Seite 2.).

Am 27. Januar vor 68 Jahren wurde das Konzentrationslager Auschwitz befreit. Jedes Jahr wird mit dem Gedenktag an die Opfer des Nationalsozialismus erinnert. Der Gedenktag wurde 1996 auf Initiative des damaligen Bundespräsidenten Roman Herzog eingeführt.

## Kurz gemeldet

Am 7. Januar wurden durch Landtagspräsidentin Diezel wie in jedem Jahr Sternsinger im Landesparlament empfangen. Zu Gast waren in diesem Jahr Kinder aus Kirchworbis. +++ Die europapolitischen Sprecher des Thüringer Landtags sind am 16. und 17. Januar mit Mitgliedern des Europaausschusses des Deutschen Bundestages in Berlin zu einem Meinungsaustausch zum Instrument der sogenannten Subsidiaritätskontrolle der nationalen Parlamente im Rahmen des EU-Gesetzgebungsverfahrens zusammengetroffen. +++ Landtagspräsidentin Diezel erinnerte an den Élysée-Vertrag, der am 22. Januar 1963 von Bundeskanzler Konrad Adenauer und vom französischen Staatspräsidenten Charles de Gaulle im Pariser Élysée-Palast unterzeichnet wurde und den Beginn der deutsch-französischen Freundschaft markiert.

### Sitzung des Gleichstellungsausschusses Ergebnisse des Online-Diskussionsforums ausgewertet

In seiner Sitzung am 16. Januar hat der Gleichstellungsausschuss des Thüringer Landtags die Ergebnisse des Online-Diskussionsforums zur Novelle des Gleichstellungsgesetzes beraten. Von den Nutzern der neuen Internet-Plattform wurden 86 Beiträge geschrieben und 231 Bewertungen vorgenommen. Ausschussvorsitzender Thomas L. Kemmerich (FDP) zeigte sich erfreut über die Beteiligung: „Mit der Novelle des Gleichstellungsgesetzes wurde zum ersten Mal ein Gesetzentwurf auf der neuen Internet-Plattform diskutiert. Alle eingegangenen Beiträge waren konstruktiv und an der Sache orientiert. Festzustellen war auch, dass es zum unmittelbaren Austausch der Bürgerin-

nen und Bürger untereinander gekommen ist. Die vielfältigen Erkenntnisse werden im Ausschuss weiter diskutiert.“ Landtagspräsidentin Birgit Diezel (CDU) ergänzt: „Mit dem Online-Diskussionsforum haben wir eine weitere Möglichkeit der Mitwirkung eröffnet. Das Internet als modernes Kommunikationsmedium ermöglicht es uns, die Ideen, Vorstellungen und Anregungen der Bürgerinnen und Bürger umfassender als bisher in die parlamentarische Arbeit einzubeziehen.“ Voraussichtlich wird der Ausschuss in seiner Februar-Sitzung die Novelle des Thüringer Gleichstellungsgesetzes abschließend beraten und eine Beschlussempfehlung formulieren.

### Justiz- und Verfassungsausschuss Gesetzentwurf online zur Diskussion gestellt

Interessierte können sich seit dem 21. Januar im Online-Diskussionsforum des Thüringer Landtags ([www.forum-landtag.thueringen.de](http://www.forum-landtag.thueringen.de)) an der Debatte zum Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und der SPD zum „Gesetz über den Beauftragten des Freistaats Thüringen zur Aufarbeitung des Stalinismus und der DDR-Diktatur“ (Thüringer Aufarbeitungsbeauftragten-gesetz) beteiligen. Dies teilte die Vorsitzende des Justiz- und Verfassungsausschusses des Thüringer Landtags, Sabine Berninger (DIE LINKE), nach der Sitzung am 16. Januar mit. Der Gesetzentwurf soll das Thüringer Landesbeauftragtengesetz vom 31. März 1993 ablösen. Ein Ziel des Ge-

setzentwurfs ist es, die historische, politische und juristische Aufarbeitung der Tätigkeit des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR im Freistaat Thüringen auch in Zukunft zu ermöglichen.

„Im Diskussionsforum besteht die Möglichkeit, sowohl zu den einzelnen Paragraphen des Gesetzentwurfs als auch zu ergänzenden Fragen Meinungen, Kritik und Vorschläge einzubringen. Diese werden von den Ausschussmitgliedern in der parlamentarischen Beratung ebenso berücksichtigt, wie die im Rahmen einer schriftlichen Anhörung von Sachverständigen und Verbänden erbetenen Stellungnahmen“, so Frau Berninger.

### Ein Jahr Untersuchungsausschuss „Rechtsterrorismus und Behördenhandeln“

Am 26. Januar 2012 wurde im Thüringer Landtag auf Antrag aller Fraktionen der Untersuchungsausschuss „Rechtsterrorismus und Behördenhandeln“ eingesetzt. In den insgesamt 27 Sitzungen des Ausschusses sind 51 Zeugen und Sachverständige gehört worden, einige davon sogar zweimal. Neben den Zeugenvernehmungen sichtete der Ausschuss die umfangreichen Akten. Insgesamt wurden dem Untersuchungs-

ausschuss durch die Landesregierung bislang rund 5.000 Akten zur Verfügung gestellt. Davon sind rund 4.000 Akten aus dem Geschäftsbereich des Thüringer Innenministeriums, der Rest stammt aus dem Justizbereich.

„Die NSU-Mordserie mit rechts-extremistischem Hintergrund hat Deutschland erschüttert“, erklärte Landtagspräsidentin Birgit Diezel (CDU) anlässlich des einjährigen Bestehens des

Ausschusses. „Umso wichtiger ist die umfassende Aufklärung. Die Landtagsverwaltung hat im vergangenen Jahr optimale Rahmenbedingungen für die Arbeit des Untersuchungsausschusses geschaffen. Zur Unterbringung des umfangreichen Aktenmaterials wurden Räumlichkeiten mit entsprechenden Sicherheitsstandards eingerichtet. Zusätzlich sind für Akten mit Sicherheits-einstufung Tresore angeschafft

worden. Um die Mitglieder des Ausschusses in ihrer Arbeit zu unterstützen, wurde zusätzliches Personal eingestellt. Die Landtagsverwaltung wird auch weiter alles tun, um die Arbeit des Untersuchungsausschusses bestmöglich zu unterstützen.“

Die ersten Ergebnisse dieser Aufklärungsarbeit werden im ersten Zwischenbericht vorgelegt. Mehr dazu in der nächsten Ausgabe.

### Schülerausstellung „Gratwanderungen“ im Landtag

Im Vorfeld des Gedenktags für die Opfer des Nationalsozialismus wurde am 25. Januar im Thüringer Landtag die Schülerausstellung „Gratwanderungen“, die sich mit dem so genannten „Entjudungsinstitut“ in Eisenach beschäftigt, eröffnet. Das 1939 gegründete „Institut zur Erforschung und Beseitigung des jüdischen Einflusses auf das deutsche kirchliche Leben“ befasste sich mit der sogenannten „Entjudung“ des religiösen und kirchlichen Lebens. Die Ausstellung, die vom Martin-Luther-Gymnasium Eisenach in Zusammenarbeit mit der Theologischen Fakultät der Friedrich-Schiller-Universität Jena und dem Lutherhaus Eisenach erarbeitet wurde, ist ein Beitrag zum Themenjahr „Reformation und Toleranz“. „Mit der Ausstellung ‚Gratwanderungen‘ setzt der Thüringer Landtag die intensive Auseinandersetzung mit der nati-

onalsozialistischen Diktatur in Deutschland fort“, sagte Landtagspräsidentin Birgit Diezel (CDU) bei der Eröffnung. „Immer wieder widmet sich das Parlament der Aufarbeitung dieses dunklen Kapitels unserer Geschichte mit wechselnden Expositionen, Zeitzeugengesprächen und großen Veranstaltungen. Mit den ‚Gratwanderungen‘ wollen wir ins Gedächtnis rufen, dass der Antisemitismus des Dritten Reiches viele und vor allem weit zurückreichende Wurzeln hatte.“ Das „Institut zur Erforschung und Beseitigung des jüdischen Einflusses auf das deutsche kirchliche Leben“ wurde im Mai 1939 gegründet. Mehr als 200 Mitarbeiter, darunter Landesbischöfe, Professoren, Kirchenräte, Superintendenten, Pfarrer, Lehrer und Schriftsteller, wirkten an dieser Einrichtung, die ihren Sitz in der Eisenacher Bornstraße hatte.





Schlussabstimmung: Nach 21-stündiger Debatte hat der Thüringer Landtag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen den Landeshaushaltsplan, das Haushaltsbegleitgesetz und den Kommunalen Finanzausgleich verabschiedet.

## Erfolg der CDU: Sechs Landeshaushalte ohne neue Schulden Doppelhaushalt 2013/2014 im Thüringer Landtag verabschiedet

„Es ist ein Erfolg unserer beharrlichen Politik, dass Haushalte ohne neue Schulden in Thüringen heute weitgehend Konsens sind.“ Das hat die haushaltspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, Annette Lehmann, anlässlich der Verabschiedung des Doppelhaushalts 2013/14 im Thüringer Landtag gesagt. Das Landesparlament hat nach rund 21 Stunden Debatte und Abstimmungen den Landeshaushaltsplan, das Haushaltsbegleitgesetz und den Kommunalen Finanzausgleich mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen verabschiedet. Der Landtag beschloss damit für die beiden Jahre den fünften und sechsten Landeshaushalt ohne neue Kredi-

te. In beiden Jahren zahlt das Land auch Schulden zurück. Das ist nur vier deutschen Ländern gelungen. Thüringen tilgt 29 Euro pro Einwohner und leistet damit die zweithöchste Tilgung pro Kopf nach Bayern. Die Haushaltspolitikerin bekräftigte die Forderung der CDU nach einer Schuldenbremse in der Landesverfassung. „Was von 2007 bis 2009 und 2012 gelungen ist und in diesem und nächsten Jahr gelingen wird, wollen wir dauerhaft garantieren“, unterstrich Lehmann. Weil die Gelder aus dem Aufbau Ost und von der EU weniger werden, müssten die Verwaltungen noch deutlich kostengünstiger und Leistungen überprüft

werden. „Der Verlockung, sich durch neue Schulden vor dieser schwierigen Aufgabe zu drücken, wollen wir in der Verfassung einen festen Riegel verschieben“, so Lehmann. CDU-Fraktionsvorsitzender Mike Mohring mahnte in seiner Rede den Vollzug des alten und neuen Stellenabbaukonzepts an. Mit beiden Konzepten zusammen sollen rund 11 000 Stellen in der Landesverwaltung entfallen. Mohring forderte die Ministerien und Verwaltungen auf, sparsam mit den eingestellten Haushaltsmitteln umzugehen. „Nicht jede Ausgabenermächtigung ist eine Ausgabenverpflichtung“, so der Fraktionsvorsitzende wörtlich.

## Verwaltungsreform zentrale Aufgabe für verbleibende Zeit der Wahlperiode CDU-Fraktion plant „Jahr der Erneuerung 2013“ - Winterklausur im Kloster Volkenroda

Die CDU-Fraktion ist mit einem dichten Arbeitsprogramm in das Jahr 2013 gestartet. Den Schwerpunkt bilden die Verwaltungsreform und Änderungen am Kommunalrecht. In einem 24 Punkte umfassenden Papier unter dem Titel „Jahr der Erneuerung 2013“, das auf der Winterklausur im Kloster Volkenroda beschlossen wurde, setzt die Fraktion vier Schwerpunkte. „Thüringen muss sich erneuern, will es seine Anziehungskraft weiter steigern und Eigenständigkeit im demographischen Wandel wahren. Deshalb fragen wir seit Beginn dieser Wahlperiode bei jeder Entscheidung, ob sie einer Betrachtung aus der Perspektive des Jahres 2020 standhält“,

heißt es in dem Papier. Die Vorhaben der Fraktion beschränken sich jedoch nicht darauf. Unter der Überschrift „Bürgernahe Politik – Klare Strukturen und Regeln“ setzt sich die Fraktion darüber hinaus unter anderem für die Neustrukturierung der Sicherheitsbehörden und eine Novelle des Thüringer Kommunalrechts ein. „Ziel ist, Gemeinden, Städten und Kreisen eine engere kommunale Zusammenarbeit zu ermöglichen“, erklärte der CDU-Fraktionsvorsitzende Mike Mohring. Unter dem Schwerpunkt „Lebensqualität in Dörfern und Städten“ will die CDU-Fraktion unter anderem eine gesetzliche Möglichkeit für Kommunen schaffen, lokale Al-

koholverbote zu erlassen. Das Vorhaben-2013-Papier finden

Sie im Internet unter [cdu-landtag.de](http://cdu-landtag.de) (Service, Publikationen).



Der Vorsitzende der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag, Georg Schmid, war Gast auf der Winterklausur im Kloster Volkenroda.



## Interkommunale Zusammenarbeit

Auf Antrag der CDU-Fraktion beschäftigte sich der Thüringer Landtag mit dem Thema der Interkommunalen Zusammenarbeit (IKZ) am Beispiel des Sport- und Tourismuszentrums Oberhof. Der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Michael Heym sprach sich mit Blick auf die Demographiewicklung in Thüringen generell dafür aus, „kommunale Kooperationen weiter auszubauen“. Die IKZ biete bereits heute ein enormes Potential für eine wirtschaftlichere und kostensparende Aufgabenerledigung. Um die Kommunen auch in den nächsten Jahren bei der Kooperation besser fördern zu können, verwies Heym auf die im Haushalt für 2013 und 2014 bereitgestellte eine Million Euro. „Diese Summe soll und wird vielfältige Früchte tragen und das Instrument der IKZ weiter vorantreiben.“ Mit Blick auf Oberhof sagte Heym abschließend, dass „die Interkommunale Zusammenarbeit zahlreiche Möglichkeiten und Chancen bietet, um den Standort als Tourismusdomizil auch in den kommenden Jahrzehnten weiter effizient zu betreiben und voranzubringen.“



## Die Strukturprobleme in diesem Lande

Frank Kuschel, kommunalpolitischer Sprecher



„Eine Stärke besteht darin, dass wir seit Jahren unsere Vorschläge nicht mit einer höheren Nettokreditverschuldung gegenfinanzieren“, hatte der Kommunalexperte der Linksfraktion, Frank Kuschel, in seiner Landtagsrede zum Doppelletzt 2013/2014 betont. „Auch diesmal akzeptieren wir den Vorschlag der Landesregierung, dass der Landeshaushalt schuldenfrei sei soll.“

Jedoch „sind wir auch an unsere Grenzen gestoßen, was Umschichtungen im Landeshaushalt angeht“, so der LINKE Politiker. Er verwies auf „die Strukturprobleme in diesem Lande“ und auf die 600 Gemeinden mit weniger als 1.000 Einwohnern – „eine solche Struktur ist nicht leistungsfähig über den Finanzausgleich dauerhaft zu finanzieren“. „Wir haben auf der Ausgaben Seite inzwischen eine Situation, dass die Landkreise 60 Prozent ihrer Gesamtausgaben für Sozialleistungen aufbringen müssen. Dann kommen noch 25 Prozent Personalkosten hinzu. Da ist nichts mehr zu machen, weil die Landkreise in den letzten Jahren bereits rigoros Personal abgebaut haben. Das heißt, es verbleiben noch 15 Prozent für die Bereiche Schulen, Kreisstraßen, Kultur usw. Die Gestaltungsspielräume gehen auf Landkreisebene de facto gegen Null.“ Hinzu kommt: „Die Thüringer Kommunen haben nach wie vor eine unterdurchschnittliche Steuerkraft. Weniger als 25 Prozent ihrer Gesamteinnahmen kommen aus eigenen Steuern. Das heißt im Umkehrschluss, fast 60 Prozent der Einnahmen resultieren aus Landeszuweisungen aus dem Finanzausgleich, also eine hohe Abhängigkeit.“ Frank Kuschel betonte die Notwendigkeit einer Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform.

## Freiwillige Aufgaben der Kommunen sichern

Linksfraktion unterstützte Aktion „Ohne Moos nix los – ohne Kies wird's mies“

„Jugendarbeit ohne Kies wird mies“, so hatte der LINKE Fraktionsvorsitzende Bodo Ramelow bei der Jugendaktion am 24. Januar vor dem Landtag in Erfurt die Forderungen des Offenen Jugendaktives Ilmenau aufgegriffen. Am Rande der Plenarberatungen zum Landeshaushalt wurde eine Tonne Kies abgekippt, um unter dem Motto „Ohne Moos und Kies ist alles mies“ gegen die Kürzungs- und Sparpolitik der Landesregierung zu protestieren. Die Linksfraktion unterstützte die Aktion, mit der auf die prekäre finanzielle Situation der Kreise und Kommunen in Thüringen aufmerksam gemacht wurde. In seinem Redebeitrag wies Daniel Meurer aus dem Ilmkreis darauf hin, dass in erster Linie die ohnehin nur noch schwierig umzusetzenden Freiwilligen Aufgaben der Kommunen betroffen sind. Dazu zählen Zuschüsse für Sportvereine, Interessengemeinschaften und auch Jugendclubs. Meurer erwähnte dabei besonders das Schülerfreizeitzentrum in Il-



menau. Insbesondere für junge Leute sei eine solche Entwicklung fatal.

Meurer schlussfolgerte: „Mit der Reduzierung des Angebotes oder gar dem Wegfall solcher Einrichtungen werden die betroffenen Städte und Gemeinden für jüngere Leute unattraktiv!“ Resultat einer dieser Entwicklungen seien eine verschärfte Abwanderung, eine Überalterung insbesondere im ländlichen Bereich und nicht zu-

letzt ein Mangel an Fachkräften. Konsequenterweise forderte Daniel Meurer eine bessere finanzielle Ausstattung der Thüringer Kommunen, damit sie insbesondere ihre freiwilligen Aufgaben wahrnehmen können. Durch den Erhalt der soziokulturellen Infrastruktur auch mit Freizeit- und Betreuungsangeboten sei es auch möglich, die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Thüringen wieder zu steigern.

## Thesenpapier zum Verfassungsschutz zieht die falschen Konsequenzen

Die Linksfraktion hat mit einem Schreiben an das Thesenpapier des Innenministeriums zur Neuordnung des Verfassungsschutzes in Thüringen reagiert. In der Stellungnahme unterstrich Bodo Ramelow, dass notwendige und grundlegende Konsequenzen nicht gezogen werden. Das Festhalten an einem Geheimdienst mit nachrichtendienstlichen Befugnissen sei mit den Grundprinzipien der Transparenz, der Offenheit und der Kooperation unvereinbar.

„Aus diesem Grund ist für die Fraktion DIE LINKE ihre seit Jahren vertretene Forderung nach ersatzloser Abschaffung des Thüringer Landesamtes für Verfassungsschutz weiterhin aktuell. Dieser Dienst, der aus dem so genannten Kalten Krieg und der Zeit des Anti-Kommunismus der BRD-alt wurzelte, hat seit jeher der Demokratie und dem bürgerschaftlichen Engagement mehr geschadet als genutzt“, so der Fraktionsvorsitzende, der erneut auf den Gesetzentwurf der LINKEN zur

Neuordnung der Aufgaben des Verfassungsschutzes in einem Demokratie- und Dokumentationszentrum verwies.

In dem Schreiben weist die Linksfraktion u.a. auch den Versuch zurück, „einen solchen Geheimdienst mit einem zivilgesellschaftlichen Beirat aufzuheben. Spitzelei und Überwachung stehen im krassen Widerspruch zu Zivilgesellschaft und gesamtgesellschaftlichen Engagement zum Schutz von politischen und sozialen Grundrechte.“

## Studierende überbrachten Unterschriftensammlung

Vertreterinnen und Vertreter des Studierendenrates der Friedrich-Schiller-Universität (FSU) Jena haben am Rande der Haushaltsberatungen den LINKEN Abgeordneten Dr. Karin Kaschuba und Susanne Hennig etwa 2.000 Unterschriften übergeben. Sie fordern damit „das Land Thüringen auf, die Rahmenvereinbarung III neu zu verhandeln und für eine angemessene Finanzierung der Hochschulen zu sorgen“, sagte die bildungspolitische Sprecherin Susanne Hennig. Gleichzeitig wenden sie sich „gegen eine effektive Kürzung des Hochschuletats der FSU Jena von etwa zehn Prozent bis 2015 über die Ziel- und Leistungsverein-

barungen“, so Dr. Karin Kaschuba, Wissenschaftspoliti-



kerin Linksfraktion. Die beiden Abgeordneten kündigten an, dass sie die Unterschriften in der nächsten Sitzung des Landtagsausschusses für Bildung,

Wissenschaft und Kultur, wo die Hochschulfinanzierung beraten wird, an Minister Christoph Matschie (SPD) übergeben.

Die LINKE kritisiert die Verlagerung des steigenden finanziellen Aufwands für Tarifentwicklung, Energie- und Bewirtschaftungskosten auf die Hochschulen. Die strukturelle Unterfinanzierung dürfe nicht auf dem Rücken der Beschäftigten und zulasten der Forschung und Lehre gehen.

## SPD-Fraktion: Oberhof muss ein Aushängeschild bleiben

In Oberhof hat sich in den zurückliegenden drei Jahren eine Menge getan. In einer von der SPD-Fraktion beantragten Aktuellen Stunde wurde jetzt über den Stand der Dinge informiert.

„Ich bin froh, dass es uns in nur drei Jahren gelungen ist,

für Oberhof eine Zukunftsvision aufzubauen und das Ganze mit 35 Millionen Euro zu untersetzen“, betonte der Tourismuspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Rolf Baumann in der aktuellen Stunde der SPD-Fraktion. „Ohne das Handlungskonzept der

Landesregierung und ohne die Arbeitsgruppe der Staatssekretäre hätte es diese Lösung für Oberhof nicht gegeben“, ist der SPD-Politiker überzeugt.

Die gewählte Struktur mit einem Zweckverband sei eine „gute Lösung, weil sie die Voraussetzungen schafft, dass in Oberhof auch weiterhin internationaler Spitzensport präsentiert werden kann“. Baumann: „Land, Kommune und Landkreis haben diese Organisationsform in gemeinsamer Kraftanstrengung ermöglicht. Land, Kommune und Landkreis werden auch dafür sorgen, dass Oberhof ein Aushängeschild für Thüringen bleibt.“ Der SPD-Politiker erinnerte daran, dass jeder vierte Wintersportler der deutschen Nationalmannschaft am Olympiastützpunkt Oberhof trainiert und im vergangenen Jahr fast eine halbe Million Touristen Oberhof besucht haben. „Oberhof ist das Wintersport-Aushängeschild des Freistaates“, so Baumann.



Abgeordnete der SPD-Fraktion (mit Staatssekretär Schubert, ganz hinten) informierten sich im März vergangenen Jahres in der derzeit geschlossenen Therme in Oberhof über den Stand der Umbauarbeiten. Foto: Fraktion

## Doppelhaushalt trägt sozialdemokratische Handschrift

„Der Staatshaushalt ist ein Haushalt, in dem alle essen möchten, aber niemand Geschirr spülen will, so hat es der Kabarettist Werner Finck einst treffend beschrieben.“ Diese Einschätzung setzte Fraktionsvorsitzender Uwe Höhn an den Beginn seiner Rede. Um gleich darauf festzustellen: „Dieser Haushalt ist ein guter, solider und ausgewogener Haushalt, der eine deutliche sozialdemokratische Handschrift trägt.“ Drei Argumente führte Höhn für seine positive Einschätzung an: „Er setzt wichtige Akzente in der Bildungs- und Sozialpolitik.

Er schafft den Einstieg in die Tilgung und trägt damit zur Konsolidierung der Landesfinanzen bei. Und er gestaltet den kommunalen Finanzausgleich neu. Und zwar so, dass er langfristig Bestand haben kann und damit Planungssicherheit für Land und Kommunen liefert.“ Trotz der Schuldenaufnahme in den

Jahren 2010 und 2011 werde die derzeitige Koalition von SPD und CDU die Koalition sein, die am Ende der Legislatur die mit Abstand geringsten neuen Schulden hinterlassen werde. Auf Druck der SPD sei der Kommunale Finanzausgleich gegenüber

Mio. Euro ab 2014). Insgesamt sichere der Landeshaushalt nun 200 Stellen in der Schulsozialarbeit. Das sei ein bedeutender Fortschritt. Auch bei der Förderung des Sports hätten sich die Koalitionsfraktionen auf Nachbesserungen verständigt.

**„Unser Haushalt für die Jahre 2013 und 2014 ist ein Haushalt, in dem alle zu essen haben und das Geschirr gespült wird. Auch wenn es zur Völlerei nicht reicht, wie ich gerne einräumen will.“**

*SPD-Fraktionsvorsitzender Uwe Höhn in seiner Rede zur abschließenden Beratung des Haushalts im Januar-Plenum*

den ursprünglichen Vorstellungen des Finanzministers für die kommenden Jahre um 313 Mio. Euro nachgebessert worden. Positiv zu bewerten seien auch der neue Kulturlastenausgleich (9 Mio. Euro jährlich) sowie die neue Förderung der Schulsozialarbeit (3 Mio. Euro im Jahr 2013 und jährlich 10

In keinem Bereich des Haushaltes werde die Handschrift der SPD in dieser Regierungskoalition deutlicher, als im Bildungsbereich. Seit der Regierungsbeteiligung der SPD seien allein für Kindergärten die Etatansätze von 2009 bis 2014 um 218 Mio. Euro aufgestockt worden.

## SPD-Fraktion prüft neue Sicherheitsarchitektur für Thüringen

Seit einem Jahr arbeitet der Thüringer Untersuchungsausschuss zur Aufklärung der Hintergründe der Mordserie durch die NSU-Terrorzelle. Demnächst wird der Ausschuss einen Zwischenbericht über seine Arbeit präsentieren. Dorothea Marx, Abgeordnete der SPD-Fraktion und Ausschussvorsitzen-



de, stellte der Öffentlichkeit bereits Mitte Januar zusammen mit SPD-Fraktionsvorsitzendem Uwe Höhn erste Überlegungen der Sozialdemokraten für einen Umbau der sogenannten „Sicherheitsarchitektur“ in Thüringen vor. Es müsse in

verschiedene Richtungen gedacht werden – auch die Auflösung des Verfassungsschutzes solle in Erwägung gezogen werden, so Höhn und Marx. Auf jeden Fall müsse die Zusammenarbeit sämtlicher Behörden, die mit dem Thema Sicherheit befasst sind, künftig besser koordiniert werden. Foto: Fraktion



**Die SPD-Fraktion  
im Thüringer Landtag**  
Geschäftsstelle  
Tel.: 0361 37 72336  
Fax: 0361 37 72417  
www.spd-thl.de

## Zu wenig Fläche für Artenschutz

Thüringens Umweltminister Reinholz (CDU) soll mehr Waldflächen aus der Nutzung nehmen. „Wenn wir den Artenschutz ernst nehmen, müssen wir auch größere zusammenhängende Flächen über 1000 Hektar aus der forstwirtschaftlichen Nutzung nehmen.“ Das wünscht sich die Naturschutzpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Eleonore Mühlbauer. „Es ist kein Ruhmesblatt, wenn der Umweltminister einräumen muss, das im Koalitionsvertrag festgesetzte Ziel um 6000 Hektar verfehlt zu haben“, so Mühlbauer. Die von Reinholz vorgeschlagenen Flächen seien vielfach zu klein, um wirksamen Artenschutz zu ermöglichen.

## SPD will Familien in Thüringen halten

Familien mit Kindern sollen ganz besonders vom Wohnraumbeförderungsgesetz profitieren, dass SPD und CDU jetzt in den Landtag eingebracht haben. Aber auch junge Ehen, Lebenspartnerschaften, Menschen mit Behinderungen, Alte, Schwangere und Alleinerziehende sind Adressaten des Gesetzes. Wichtigstes Ziel: Neben dem Bau und der Modernisierung von Wohnraum soll der Erwerb von Wohnraum künftig stärker als bisher durch den Freistaat gefördert werden, erläuterte Sabine Doh, die Sprecherin für Bau und Infrastruktur der SPD-Fraktion, im Januar-Plenum. Die Koalition will mit ihrem Vorstoß aber auch dafür sorgen, dass sich Städte nachhaltig entwickeln und stabile Bewohnerstrukturen erhalten bzw. geschaffen werden können.

## Letzte Chance zum Sparen vertan Barth: „Nur Lippenbekenntnisse der Ministerpräsidentin“



„Die Regierungskoalition hat die allerletzte Chance zum Sparen in dieser Legislatur vertan“, erklärte der Fraktionsvorsitzende der FDP im Thüringer Landtag, Uwe Barth, nach der abschließenden Abstimmung zum Doppelhaushalt 2013/2014, bei der die FDP-Fraktion geschlossen gegen die Regierungsvorlage votierte. Die FDP-Fraktion hatte zuvor noch einmal 14 Anträge im Plenum zur Abstimmung

gestellt. Mit der Annahme dieser Anträge hätten sich CDU und SPD zu einem sparsamen Haushaltsvollzug, einer verantwortungsbewussten Haushalts-

politik und der Aufnahme einer Schuldenbremse in die Verfassung bekennen können. „So bleiben die Ausführungen von Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht auch weiterhin nur Lippenbekenntnisse“, stellte der FDP-Fraktionschef fest. Die insgesamt mehr als 800 Anträge der FDP, so Barth weiter, zeigten, dass es möglich sei, strukturell zu sparen, Schulden zu tilgen und Spielraum für Investitionen zu schaffen. „Der großen Koalition fehlt dazu aber der Wille.“ Die Reform des kommunalen Finanzausgleichs sei als Schritt in die richtige Richtung zu begrüßen. Auch zeigte Finanzminister Wolfgang Voß (CDU) durchaus Sparbemü-

hungen, ohne ihn wäre die Bilanz vermutlich noch deutlich schlechter ausgefallen. Unter dem Strich verblieben aber 500 Mio. Euro neue Schulden für Thüringen als Bilanz der Legislaturperiode, und auch das nur unter der Voraussetzung, dass die Zinsen nicht steigen, die Steuereinnahmen sich wie erhofft entwickeln und auch keine anderen Tatbestände zu Ungunsten des Haushaltes eintreten. Ihn erinnere das an Mark Twain, der einmal gesagt habe: „Ich werde künftig nicht mehr ausgeben als ich habe, und wenn ich mir das Geld dafür borgen muss.“ „Und genau das ist das Prinzip der Haushaltspolitik dieser Koalition“, so Barth abschließend.

## Miteinander reden und Vertrauen aufbauen

### Franka Hitzing eröffnete Sprachenfest zum Jahrestag des Élysée-Vertrags

In Thüringen wurde am 22. Januar der 50. Jahrestag des Élysée-Vertrages zwischen Deutschland und Frankreich gefeiert. Aus diesem Anlass kamen rund 120 Grundschüler mit Französischunterricht aus dem ganzen Freistaat zu einem „Sprachenfest“ nach Erfurt. Eröffnet wurde die Veranstaltung an der Barfüßer-Grundschule von Landtagsvizepräsidentin Franka Hitzing (FDP). Die Kinder präsentierten Lieder, Gedichte und Theaterstücke in französischer Sprache.



Gemeinsam mit dem Direktor des Thüringer Instituts für Lehrerfortbildung, Lehrplanentwicklung und Medien (Thillm), Dr. Andreas Jantow-

ski, begrüßte die Regelschullehrerin Hitzing die Schüler. „Für seine Rede wurde vor 50 Jahren der französische Präsident de Gaulle von euren Großeltern, die damals selbst Kinder und Jugendliche waren, gefeiert wie ein Popstar. Man konnte und durfte wieder miteinander reden, der Beginn von dauerhaftem Frieden und Freundschaft“, würdigte sie das Ereignis. Miteinander reden, sich verständigen, so baue man Vertrauen auf. Deshalb sei auch das Sprachenfest, das be-

reits zum 8. Mal an der Barfüßer-Grundschule stattfand, eine sehr schöne Idee. An 23 Schulen im Freistaat lernen Kinder bereits ab der 1. Klasse eine Fremdsprache. 1.200 Kinder aus 82 verschiedenen Ländern seien eine kulturelle Bereicherung für den Unterricht, sagte die Vertreterin des Bildungsministeriums Dr. Christina Kindervater. Jeder vierte Schüler im Freistaat lerne Französisch. An der Veranstaltung nahmen auch der Leiter des französischen Kulturbüros in Thüringen, Bertrand Leveaux, und Dr. Marie-Laure Canteloube vom Institut français in Leipzig als Gäste teil.

## Mit „Landarztquote“ und mehr Medizinstudenten dem Ärztemangel begegnen FDP stellte Drei-Säulen-Programm zur Stärkung der Versorgungsstrukturen in Thüringen vor

Dem drohenden Ärztemangel will die FDP-Fraktion im Thüringer Landtag mit der Umsetzung eines „Drei-Säulen-Programms“ entgegenwirken. Der gesundheitspolitische Sprecher Marian Koppe stellte das Konzept am 7. Januar in Erfurt zusammen mit der Kassenärztlichen Vereinigung und Vertretern großer Krankenkassen der Öffentlichkeit vor. Das Maßnahmenpaket umfasst eine Ausnutzung der neuen gesetzlichen Rahmenbedingungen des Bundes für Thüringen, die Stärkung der Mediziner Ausbildung sowie den Ausbau der kommunalen Verantwortung. Zur Stärkung der medizinischen Ausbildung in Thüringen will die FDP-Fraktion 25 Studienplätze für Medizin pro Se-

mester mehr schaffen. Die Kosten von insgesamt rund 830.000 Euro pro Jahr könnten im Haushalt 2013/14 beispielsweise durch Abschaffung des Landeserziehungsw-

Studienplätze in Thüringen festzuschreiben. Das Versorgungsstrukturgesetz biete die Möglichkeit, dass Kassenärztliche Vereinigung und Krankenkassen einen ge-

den Aufbau einer Hausarztförderung der Landkreise für erforderlich. Die Koordinierungsstelle müsse beim jeweiligen Landratsamt angesiedelt werden und im ambulanten Bereich bei der Aus- und Weiterbildung junger Ärzte intensiv mit den Akteuren vor Ort zusammenarbeiten. „So kann es gelingen, Mediziner über Mentorenprogramme bereits in der Ausbildung in die Versorgungsstrukturen des ländlichen Raums einzubinden und ihnen das Rüstzeug zu geben, eine eigene Allgemeinarztpraxis zu führen.“ Außerdem müsse es den Kommunen möglich gemacht werden, günstige Praxisräume und Grundstücke für die Niederlassung von Ärzten zur Verfügung zu stellen, forderte Koppe.



geldes gedeckt werden, sagte Koppe auf Nachfrage des MDR. Außerdem plädierte der liberale Gesundheitspolitiker für eine Steuerung des Ausbildungszugangs. So solle man eine 10-prozentige „Landarztquote“ bei der Vergabe der

meinsamen Strukturfonds bilden, aus dem Maßnahmen gegen Ärztemangel finanziert werden können. Daraus ließen sich z. B. Studienbeihilfen für Thüringer Medizinstudenten finanzieren. Außerdem halten die Liberalen

## Mehr GRÜN hätte dem Doppelhaushalt besser gestanden



Nachhaltig haushalten, nachhaltig investieren. Das sind die bündnisgrünen Kernforderungen für den Doppelhaushalt 2013/14 gewesen, in dessen Zeichen das Plenum im Januar stand.

„Der Haushaltsentwurf ist die letzte und leider am Ende verpasste Ausfahrt für den Freistaat gewesen, um den Reformstau der vergangenen Jahre aufzulösen“, so die Frak-

tionsvorsitzende Anja Siegesmund. Wir Grüne übernehmen bereits in der Opposition Verantwortung und praktizieren eine Schuldenbremse bei unseren Änderungsanträgen. Siegesmund ergänzt: „Diese waren nicht nur komplett gegenfinanziert, sondern ermöglichten zudem die notwendige Rücklagenbildung für schlechte Zeiten und stellen die Weichen für nachhal-



Fraktion  
**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**  
im Thüringer Landtag  
Pressestelle  
Tel.: 0361 37 72666  
Fax: 0361 37 72665  
[www.gruene-fraktion.thueringen.de](http://www.gruene-fraktion.thueringen.de)

tiges Wachstum und mehr Lebensqualität, z.B. mit einer besseren Familienpolitik in Thüringen.“

## Höhere Ausgaben im Bildungshaushalt verpuffen ohne Mehrwert

Obwohl die Ausgaben im Bildungsbereich in Thüringen mit dem Doppelhaushalt 2013/2014 leicht ansteigen, werden die Rahmenbedingungen im Bildungs-, Wissenschafts- und Kulturbereich nicht nachhaltig besser. Durch die allgegenwärtigen Personal- und Betriebskostensteigerungen verpuffen die Mehrausgaben faktisch ohne Mehrwert. „An diesem mutlosen Bildungshaushalt zeigt sich einmal mehr, dass die Ko-

alition in wichtigen Fragen der Bildungspolitik einfach nicht zusammenpasst“, stellt Astrid Rothe-Beinlich, bildungspolitische Sprecherin der bündnisgrünen Landtagsfraktion, fest. Vor allem werden die 400 vorgesehenen Neueinstellungen im Schulbereich den Bedarf an zusätzlichen Lehrkräften bei Weitem nicht decken können. Schon heute führt der Lehrkräftemangel zu erheblichen Unterrichtsausfällen. Auch das

seit langem angekündigte Bildungsfreistellungsgesetz oder eine verfassungsgemäße Ausfinanzierung der freien Schulen ist im Doppelhaushalt weit und breit nicht in Sicht. Auch die Thüringer Hochschulen bekommen die schwierige finanzielle Situation des Landes zu spüren. So ist an der FSU Jena von einem Stellenabbau von bis zu 200 Stellen bis 2015 die Rede und auch an anderen Hochschulen sind substanziell-

le Einschnitte geplant. Es zeigt sich immer mehr, dass die Landesmittel für die Hochschulen nicht ausreichen und die Qualität von Lehre und Forschung erheblich leiden wird. Auch mit weiteren Synergieeffekten und neuen Kooperationen werden die fehlenden Finanzen nicht aufzufangen sein. „Hier braucht es schnell Klarheit, wie damit umgegangen werden soll“, so die bündnisgrüne Bildungspolitikerin abschließend.



Der Haushalt ist beschlossen. Ihre Anregungen sind uns für unsere parlamentarische Arbeit dennoch wichtig.

Wir freuen uns über Ihre Ideen unter:

[www.gruene-fraktion.thueringen.de/mitmachhaushalt](http://www.gruene-fraktion.thueringen.de/mitmachhaushalt)

## Investitionen in die Zukunft?!

In Zeiten knapper Kassen heißt es zu sparen und intelligent zu investieren. Die Rendite muss stimmen – eine doppelte Rendite, wie wir Grüne forderten. Und eine atmende Schuldenbremse muss her, also die Überschüsse des letzten Jahres für die Zukunft zurücklegen. „Gemessen an dem, was nun beschlossen wurde, sehen wir davon nichts: keine nennenswerten Einsparungen, keine

Umstrukturierungen und aus unserer Sicht keine Perspektiven für eine nachhaltige Änderung der Verhältnisse“, so Haushaltsexperte Carsten Meyer. Mit unseren 75 bündnisgrünen Änderungsanträgen zum Haushalt 2013/14 haben wir Alternativen aufgezeigt. Am Ende der Legislatur 2014 werden nun zusätzliche 500 Millionen Euro Schulden auf dem Konto des Freistaates stehen.

## Wohnen in Thüringen muss bezahlbar bleiben

Energetische Sanierung bei begrenzten MieterInnenrechten ist gerade Bundesthema. Die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzte deshalb mit ihrer Aktuellen Stunde im ersten Plenum des Jahres ein Zeichen. „Durch die Minderung der Rechte von MieterInnen meint man etwas für die Energiewende zu tun. Das stimmt so nicht. Denn mit dem Mietrecht kann man nicht unsere Gebäude sanieren. Dafür braucht es ein verlässliches Ordnungsrecht und auch eine verlässliche Förderkulisse“, so Wohnungs- und Baupolitikerin Jennifer Schubert. Abgesehen von anhaltenden Mietpreissteigerungen in Thüringer Ballungszentren wie Erfurt, Jena und Weimar kritisieren die Bündnisgrünen

die Benachteiligung von Wohnungssuchenden durch die Bezahlung von Mietcourtagen. „Wir Grüne fordern: Wer die Maklerin bzw. den Makler bestellt, soll sie bzw. ihn auch bezahlen – und das ist im Großteil der Fälle die Vermieterin bzw. der Vermieter“, so Schubert weiter. Den Wohnungsmarkt bei abnehmender Bevölkerung sachgerecht steuern – in diesem Sinne setzten sich die Grünen dafür ein, im Wohnraumförderungsgesetz den Schwerpunkt auf die Innenentwicklung zu legen. Auch die AutorInnen des von der Landesregierung in Auftrag gegebenen Wohnungsmarktberichts argumentierten in diese Richtung. Die Koalition stimmte dem Gesetz jedoch ohne diese Änderung zu.



Vernissage der Ausstellung „Wie fühlt es sich an?“ von Christopher Hohlbaum im bündnisgrünen Fraktionsflur. Die Arbeiten des Erfurter Künstlers sind noch bis zum 8. April zu besichtigen. Im Bild: Anja Siegesmund und Christopher Hohlbaum im Gespräch mit Justizminister Dr. Holger Poppenhäger, Hildigund Neubert und Gästen.

## Die Landesbeauftragten

Die Bürgerbeauftragte  
des Freistaats Thüringen  
www.bueb.thueringen.de  
Tel.: 0361 37 71871  
Fax: 0361 37 71872  
Mail: buergerbeauftragte@  
landtag.thueringen.de

Thüringer Landesbeauftragter  
für den Datenschutz und die  
Informationsfreiheit  
www.thueringen.de/datenschutz  
Tel.: 0361 37 71900  
Fax: 0361 37 71904  
Mail: poststelle@datenschutz.  
thueringen.de

Die Landesbeauftragte  
für die Unterlagen des  
Staatssicherheitsdienstes der  
ehemaligen DDR  
www.thueringen.de/tlstu  
Tel.: 0361 37 71951  
Fax: 0361 37 71952  
Mail: tlstu@t-online.de

### IMPRESSUM



#### Herausgeber:

Thüringer Landtag  
Pressestelle  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt

#### Redaktion:

Dr. Detlef Baer

#### Satz und Layout:

Ines Born

#### Druck:

Druckhaus Gera

Für den Inhalt ihrer Beiträge sind die  
Fraktionen und Beauftragten verant-  
wortlich.

Der Landtagskurier erscheint  
monatlich.

Der Bezug ist kostenfrei sowohl  
über den Postweg als auch über  
E-Mail möglich.

Tel.: 0361 37 72006  
Fax: 0361 37 72004  
pressestelle@landtag.thueringen.de  
www.thueringer-landtag.de



## Die Bürgerbeauftragte

### Waldbestattung in sogenannten Friedwäldern in Thüringen?

Die Waldbestattung als natur-  
nahe Bestattungsform stellt  
für viele Menschen eine Altern-  
ative zu herkömmlichen Be-  
stattungsarten dar. Nicht jeder  
möchte sich nach seinem Able-  
ben auf einem gesetzlich vor-  
geschriebenen und hinsicht-  
lich der Vorgaben zur Gräber-  
gestaltung und -pflege streng  
reglementierten Friedhof tra-  
ditioneller Art beisetzen las-  
sen. Entsprechend diesem Wil-  
len hat sich die Bestattungs-  
kultur in den letzten Jahren  
deutschlandweit fortentwickelt.  
Neue Bestattungsformen wie  
die Baumbestattung in Fried-  
und Ruhewäldern ha-

ben sich etabliert. Große Hoff-  
nung, sich wunschgemäß auch  
in Thüringen für eine alternati-  
ve Bestattungsform wie z. B. die  
Beisetzung in einem Wald ent-  
scheiden zu können, verban-  
den die Bürger zuletzt mit dem  
Ausgang eines seit 2011 laufen-  
den Verwaltungsverfahrens  
zum Antrag einer Thüringer  
Stadt auf Errichtung eines Nat-  
urfriedhofs in Form eines Be-  
stattungswaldes. Zu dem An-  
trag wurde inzwischen ein ab-  
lehrender Bescheid erteilt, das  
Verfahren ging indes durch den  
von der Stadt eingelegten Wi-  
derspruch in die nächste Runde.  
Als Ablehnungsgründe wur-

den dem o. g. Antrag u. a. ein  
fehlendes öffentliches Bedürf-  
nis gemäß § 25 ThürBestG, ei-  
ne fehlende ordnungsgemäße  
Einfriedung und eine unzuläs-  
sige Übertragung gemeindlicher  
Kompetenzen an den Verwal-  
tungshelfer entgegengehalten.

Über den Widerspruch ist noch  
nicht entschieden worden. Die  
Bürgerbeauftragte möchte das  
weitere Verfahren zunächst bis  
zum Erlass des Widerspruch-  
bescheides begleiten und den  
Bürgern die im Zusammenhang  
mit diesbezüglich vorgetragenen  
Anliegen erbetenen Aus-  
künfte erteilen.

## Landesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit

### Neue Aufgabe – neue Herausforderungen – TLfD wird TLfDI



Der Thüringer Landesbeauf-  
tragte für den Datenschutz  
heißt seit dem 29.12.2012 „Thür-  
inger Landesbeauftragter  
für den Datenschutz und die In-  
formationsfreiheit“ (TLfDI). Der  
Grund ist, dass ihm mit dem In-  
krafttreten des Thüringer In-  
formationsfreiheitsgesetzes  
(ThürIFG) auch die Aufgabe des  
Landesbeauftragten für die In-  
formationsfreiheit übertragen wur-  
de. Mit dem neuen Gesetz wird  
nicht mehr – wie bisher – auf  
die Bundesregelung verwiesen,  
sondern das Recht auf Informa-  
tionsfreiheit speziell für Thürin-  
gen geregelt. Damit haben nun  
die BürgerInnen das Recht, den  
TLfDI anzurufen, wenn sie sich

in ihrem Recht auf Informations-  
zugang bei öffentlichen Stellen  
in Thüringen verletzt sehen. Das  
Gesetz gibt einen Anspruch auf  
Zugang zu amtlichen Informa-  
tionen. Dieser Zugang kann nur  
in Ausnahmefällen zum Schutz  
besonderer öffentlicher Belange  
oder privater Interessen verwei-  
gert werden. Der TLfDI hat ge-  
genüber den öffentlichen Stellen  
ein Auskunftsrecht zu den Grün-  
den der Verweigerung eines In-  
formationszugangs, und er kann  
bei Verstößen die Behebung in  
angemessener Frist fordern. Da-  
bei wird er selbstverständlich ein  
besonderes Augenmerk darauf  
haben, dass bei der Informati-  
onserteilung das Grundrecht auf  
informationelle Selbstbestim-  
mung derjenigen gewahrt wird,  
die als Dritte von dem Informa-  
tionsanspruch betroffen sind.

Neben der Kontrolle der Verwal-  
tung ist es ein wichtiger Auftrag  
des Gesetzgebers, die Öffentlich-  
keit über Fragen des Informati-  
onszugangs zu informieren so-  
wie die öffentlichen Stellen bei  
der Verbesserung dieses Infor-  
mationszugangs zu beraten. Der  
TLfDI sieht seine Aufgabe dar-  
in, einerseits dazu beizutragen,  
dass das Recht auf Informations-  
freiheit bei der Verwaltung grö-  
ßere Akzeptanz findet. Von noch  
größerer Bedeutung aber ist für  
ihn, dass die BürgerInnen ihre  
Rechte besser kennenlernen und  
regen Gebrauch von ihnen  
machen, damit sich der Zweck  
des Informationsfreiheitsge-  
setzes, die Transparenz und  
die Kontrolle der Verwaltung  
zu verbessern sowie demokrati-  
sche Willensbildung zu för-  
dern, erfüllen kann.

## Die Beauftragte für die Stasiunterlagen

### Neuerscheinung: Einführung. Heimerziehung in der DDR

Anke Dreier, Karsten Laudien

Die Konferenz der Landesbeauf-  
tragten ist Herausgeberin dieses  
Kompodiums. Es bietet einen  
Überblick über den bisherigen  
Forschungs- und Wissensstand  
über die rechtlichen und realen  
Bedingungen der Heimerziehung  
in der DDR, als auch Informa-  
tionen über die Möglichkeiten  
für Hilfen aus dem Heimkin-  
derfonds und über die Rehabi-  
literation für politisch motivierte  
Heimeinweisungen. Die Auto-  
ren sind ausgewiesene Kenner  
der Materie, Prof. Dr. Karsten  
Laudien war mit Christian Sach-  
se bereits an der Expertise für  
das Bundesinnenministerium

beteiligt. In einem System aus  
Normalheimen und nach Erzie-  
hungs- und Umerziehungsmetho-  
den zu unterscheidenden  
Spezialheimen galten die Nor-  
men der sozialistischen Erzie-  
hungsziele und -methoden. „In  
der DDR wurde in Heimen der  
Jugendhilfe häufig Zwang und  
Gewalt ausgeübt. Dies geschah  
in besonderem Maße in den  
Spezialheimen. Dort war der All-  
tag von Freiheitsbeschränkung,  
Menschenverachtung, Fremd-  
bestimmung, entwürdigenden  
Strafen, Verweigerung von Bil-  
dungs- und Entwicklungschancen  
sowie erzwungener Arbeit

... geprägt. Kindern und Jugend-  
lichen [wurde die] Entwicklung  
zu einem selbstbestimmten  
Menschen bewusst und gezielt  
verhindert.“ heißt es im Vor-  
wort.

Der am häufigsten geäußerte  
Wunsch ehemaliger Heimkin-  
der ist es, die Stigmatisierung  
loszuwerden. Noch immer gilt  
„Heimkind in der DDR“ als ein  
Malus in der Biografie, viele Be-  
troffene konnten noch nicht ab-  
legen, dass ihnen eingeredet  
wurde, sie seien selbst an ihrer  
Lage schuld gewesen – ein Vor-  
urteil, das ihnen noch heute aus  
der Gesellschaft entgegentritt.

Das Buch kann bezogen werden über: TLStU, PF 90 04 55, 99107 Erfurt, Tel. 0361 377 1951, tlstu@t-online.de